

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

64 (20.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, M. 3.25, durch den Briefträger ins & us gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jeberzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienleser“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Adonia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichtenbericht und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wabli in Karlsruhe.

? Zur Angelegenheit Nöbel-Neumann-Obkircher.

Wie es scheint, kann Obkircher keine Neben halten, ohne daß er seine politischen Gegner stark herausfordert. Gewöhnlich ist mit solchen Herausforderungen noch eine ausgeprägte Mißhandlung der tatsächlichen Wahrheit verbunden.

So hat man's auch am 13. Februar in Freiburg erlebt und zwar an mehr als einer Stelle seiner Rede.

Einen kurzen Abschnitt derselben hatte er seinem Freund Neumann gewidmet. Dazu hatte er vielen Anlaß. Neumann ist bis zur Stunde noch Abgeordneter für Freiburg III, hat sich aber bei diesem Anlaß nicht gezeigt, während man seine Anwesenheit erwarten durfte. Obkircher konnte also Anlaß nehmen, sein Wegbleiben zu erklären. Seitdem Neumann das letzte Mal in Freiburg war, ist sehr viel und auch sehr interessantes über die Frage einer erneuten Kandidatur Neumanns zu lesen gewesen. Es wurde berichtet, er kandidiere in Freiburg nicht mehr; dabei wurde nicht mehr, er kandidiere nicht da selbst deswegen nicht mehr, weil er nicht mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt sein würde. Dann hieß es, er werde oder könne überhaupt nicht mehr kandidieren. Weiter wurde berichtet, er sei als Kandidat für Karlsruhe II in Aussicht genommen, solle also das Binsjche Mandatserbe antreten. Das alles war in Wältern verschiedener Parteilichung zu lesen. Gewiß wäre es von allgemeinem Interesse gewesen, von Obkircher etwas Bestimmtes darüber zu hören, wie es sich damit verhält. Es mußte auffallen, wenn Obkircher darüber schweigt. Noch mehr mußte es auffallen, wenn er anderes über Neumann erörterte, von dieser Hauptfrage kein Wort sagte. Da hätte er seinem „Freunde“ wahrlich einen besseren Dienst geleistet, wenn er ganz von ihm geschwiegen hätte. Er griff dazu noch die Sache auf, deren nähere Erörterung für Neumann nur unangenehm werden kann.

Einleitend bemerkte er: „Hier in Freiburg ist es vielleicht nicht unwichtig, auch auf einen Bericht hinzuweisen, den ich gelegentlich in der Zentrums-Presse gefunden habe, gegen meinen Freund Neumann anzukämpfen, in einer geradezu diabolischen Weise.“

Der Vorwurf „diabolisch“ ist ein äußerst schwerer. Ist er gerechtfertigt, so muß sich derjenige sehr bedenklich vorangesehen haben, dem er gemacht wird. Ist er nicht gerechtfertigt, so kehrt er sich mit seiner ganzen Schärfe gegen den, welcher ihn erhoben hat: in diesem Falle also gegen Obkircher selbst. Mit diesem Vorwurf hat er in größlicher Weise die Wahrheit verlegt und Unrecht getan. Zur näheren Begründung seiner ebenso falschen wie beleidigenden Anklage führte er zunächst wörtlich aus:

„Da muß ich auf die Nöbel-Sache kurz eingehen. Die Nöbel-Sache hat viel Staub aufgewirbelt, viel Unzufriedenheit erregt, insbesondere auch in den Kreisen der national-liberalen Partei, in den Kreisen der Lehrer, die bisher treue Anhänger der Partei waren.“

Die Zentrumsparthei ist in der sachlichen Beurteilung der Nöbel-Sache aber auf der ganz anderen Seite, als diejenigen, die innerhalb unserer Partei unzufrieden waren. Sie ist völlig der gleichen Meinung, die in der Regierung hervorgetreten ist, sie hält das Vorgehen der Regierung gegen Nöbel und seine Verursacher für begründet.

Und das sollte man meinen, sie drücke das auch aus. Der weit entfernt, sie sucht nach den Schuldigen in der national-liberalen Partei und sucht in Neumann den Schuldigen innerhalb der Behörde, die in der Nöbel-Sache die Hauptarbeit zu machen hatte. Sie spricht von einer Schuld und sagt: Neumann ist die treibende Kraft innerhalb des Ober-Schulrats gewesen, der diese Maßnahmen betrieb.“

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Breisgau). Pfarrverweser Johann Gruber in Werbachhausen hat die Pfarrei Sulzbach bei Mosbach erhalten. — Pfarrer Hermann Joseph Wikel hat einen mehrwöchentlichen Erholungsurlaub angetreten, da er sich immer noch nicht von einer im letzten Herbst besessenen Erkältung erholt hat.

Ein würdiger und verdienter Priester unserer Erzdiözese ist heute am Hochfest der Auferstehung Christi aus dem Leben geschieden: der hochwürdige Herr Julius Krämer, Pfarrer in Heddingen, Kammerer des Landkapitels Waldkirch. Geboren zu Waldkirch im Jahre 1851, wurde er 1878 zum Priester geweiht. Als „Ausgewandter“ wirkte er mehrere Jahre in Bayern, wo er auch den Reim seiner langjährigen Stillschickung suchte. Seit 1894 war der Verstorbenen Pfarrer von Heddingen. Noch in dieser Woche war in der Pfarrei auf seine Veranlassung Hl. Mission — er sollte das Ende derselben nicht mehr erleben.

Heidelberg. Am 17. d. M. lesen wir: Am Donnerstags vormittag trat die Erziehungsratskommission der St. Bonifatius-Pfarrei hier ein. Von den hiesigen Katholiken wird diese Nachricht mit Freude und dem Gefühl innigen Dankes gegen die hohe Kirchenbehörde aufgenommen werden, ist damit doch ein langjähriger Wunsch der ganzen Gemeinde erfüllt. Während die St. Bonifatius-Pfarrei lange Jahrzehnte hindurch bestanden zum Heil und Segen ihrer jetzigen Mitglieder und der kommenden Generationen.

Welsch, 17. März. Gestern starb im 68. Lebensjahre der Generalvikar der Diözese Sulz, Domdekan Dr. Riemenz Rüdiger in König in Weipringen, wo er seit längerer Zeit in dem von ihm selbst errichteten Krankenhanse gegen ein Magenleiden heilung gesucht hatte.

Was Obkircher hier vom Zentrum behauptet, ist nicht wahr. Und es gibt keine Entschuldigung dafür, daß er in solcher Weise unwahre Behauptungen vortrug. Die Zentrums-Presse hat kein Gehl daraus gemacht, daß sie das Vorgehen gegen Nöbel und die Mosbacher Konferenz billigte und billigt. Es ist nicht anzunehmen, daß nicht auch Obkircher die bezüglichen Auslassungen im „Bad. Beobachter“ gelesen hat.

Es ist ferner nicht wahr, daß das Zentrum und seine Presse „nach dem Schuldigen innerhalb der national-liberalen Partei gesucht“ hat. Abermals muß gesagt werden, daß Obkircher ob dieser weiteren Unwahrheit nicht in geringstem entschuldigt werden kann.

Natürlich hat die Zentrums-Presse nicht unterlassen, ihren Lesern das wenig schöne, aber spannend interessante und lehrreiche Bild vor Augen zu führen, welches die Presse des Liberalismus überhaupt und des National-liberalismus insbesondere bei Behandlung der Nöbel-Sache darbot.

Das allgemeine Interesse an der ganzen Geschichte wurde aufs höchste gesteigert, als Obkircher und Neumann als Hauptfiguren auf dem Bilde erschienen. Keiner von beiden ist vom Zentrum und seiner Presse „gesucht“ worden. Zunächst ist Obkircher höchst geräuschvoll aufgetreten, um energisch Front zu machen gegen die Presse seiner eigenen Partei und noch energischer an die Seite des Ober-Schulrats und des Unterrichtsministeriums zu treten. Das eine wie das andere rief naturgemäß nicht wenig Entsetzen hervor. Obkircher ließ in diesem das erlauchte Publikum nicht im Zweifel über den wahren Charakter und den Zweck seines überaus schreienden Auftretens. Mit besonderem Eifer suchte er den Anschein zu erwecken, als ob eine gewisse Entrüstung über die durch Nöbel verletzte Staatsautorität aus ihm spräche. Allein ein Satz seiner bezüglichen Ausführungen stellt sein Auftreten in die hellste Beleuchtung einer politischen Aktion. Eine Rechtschwendung der Regierung, führte er aus, hätte kommen können, wenn in dieser Angelegenheit auch die National-liberalen gegen die Regierung Front gemacht hätten und diese nur Mißfall gefunden hätte bei den rechtsstehenden Parteien. So ist Obkircher selbst hervorgetreten, ohne daß irgend jemand ihn „gesucht“ hat.

Natürlich hat das Zentrum nicht unterlassen, für größere Verbreitung des Bildes mit der nunmehrigen Hauptfigur Obkircher zu sorgen. Seine Presse hat ihn aber durchaus nicht als „schuldigen“ in der Nöbel-Sache aufmarschieren lassen und geschildert, sondern als den Mann, der politische Sprünge machen kann und es ausgezeichnet versteht, die Elemente des Liberalismus zu sammeln und zu einigen.

Fast unmittelbar, nachdem Obkircher in solcher Weise sich selbst gestellt hatte, tauchte neben ihm Neumann auf und zwar als derjenige, der die Nöbel-Sache im Ober-Schulrat und für denselben behandelt hatte.

Natürlich wurde das Erscheinen der politischen Kreise noch größer und bestränkte sich durchaus nicht auf die Kreise des Zentrums. In diesen letzteren hat man es nicht zuerst erfahren, daß das Vorgehen wider Nöbel Neumanns Arbeit war. Niemand hat sich mit der Frage beschäftigt, wer von den Mitgliedern des Ober-Schulrats die Arbeit wohl geleistet haben möchte; niemand hat daran gedacht, den Betroffenen „suchen“ zu wollen, noch weniger, ihn „suchen“ zu wollen als den „Schuldigen“.

Theater und Kunst.

Groß. Volkstheater. Am Donnerstagabend hatten wir J. Raimunds Original-Farbenmärchen „Der Verschwenker“ und mit ihm einen Gast, den rühmlich bekannten Komiker Alexander Girardi. Weber das Stück selbst braucht man nicht mehr viel zu sagen. Die Verschmelzung der Feenwelt mit der modernen Welt fordert bei der heutigen Generation eine starke Naivität heraus, und die interessanteste Figur dieses Märchens ist die eigenartige des Vettlers (Maur), in dem der Goethe'sche Sarjner nachklingt. Man hat auch heute keine Zeit mehr, im Theater sich mit Gemütsstimmungen, wie sie hier vorkommen, abzugeben. Das ist zwar schade, weil so manche wirklich poetische Perle verloren geht, aber unter nervöses Feuilleter verlangt einen rascheren, von allem mehr auf, wie anregenden Gang der Handlung. Man hat auch keine Zeit mehr, sich in Situationen zu verlieren, weil sie nur hübsch oder gefühlvoll sind!

Der Hauptgrund der heute noch wachenden Wirkung dieses Stückes liegt darin, daß der Dichter Raimund die Moral in den Vordergrund des Stücks stellt. Die redliche Arbeit, deren Schwere und deren Erfolg von Tag zu Tag neu empfunden wird, macht glücklicher und natürlicher Menschen als der Reichtum! Es ist zugleich eine Anklage gegen die äußerlich Begünstig-

ungen solcher Art gehabt. Er hat auch niemals Anlaß geboten, die Existenz und Pflege solcher Beziehungen bei ihm zu vermuten. Wer ihm also solche nachjagt, urteilt wahrheitswidrig und ist ob seines falschen Urteils nicht zu entschuldigen, ob er Obkircher heißt oder einen anderen Namen trägt.

Im übrigen stehen zwei Tatsachen fest: 1. Neumann hat die Nöbel-Angelegenheit in Verhandlung gehabt; 2. er hat sie in Behandlung bekommen, weil er selber sie wollte.

Das muß Obkircher wissen. Es ist ja auch landeskundig. Neumann hat sich wohl gehütet, direkt oder indirekt es in Abrede zu stellen oder in Abrede stellen zu lassen. Auch Obkircher hat nicht bestimmt erklärt, diese zwei Tatsachen seien nicht wahr.

Von durchaus glaubhafter Seite, die es wissen kann, und keineswegs zu den Zentrumskreisen gehört, ist berichtet worden, Neumann habe sich um die Angelegenheit angenommen, um das erdruhter Vertrauen gewisser Stellen wieder herzustellen, die den innigen Zusammenhang seiner Abgeordnetenstellung mit der Sozialdemokratie über vermerken. Das war und ist glaubhaft. Es ist nicht einzusehen, warum die politischen Gegner Neumanns es ignorieren sollten. Was ihm und seinem Freund Obkircher erwünscht oder nicht erwünscht ist, kann natürlich ihr Tun oder Lassen nicht beeinflussen.

Daß Obkircher von Neumann zu Rat gezogen wurde, ist nirgends als eine Tatsache behauptet worden, sondern als eine Vermutung, die nach Lage der Dinge sich nahegelegt hat und noch sich nahelegt.

Deutschland.

Berlin, 20. März 1909.

Hohenzollern und Welfen. Der Herzog-Regent von Braunschweig hat gestern in München in einer längeren Unterredung den Prinzen Ernst August von Braunschweig zu einem Besuch Braunschweigs anlässlich der Jubiläumfeier der braunschweigischen Regimenter eingeladen. Ein solcher Besuch, wenn er stattfindet, kann als Beweis dafür angesehen werden, daß die Wege für eine friedliche Verständigung zwischen den Hohenzollern und den Welfen geebnet werden sollen.

Die Ablehnung der Anzeigensteuer. Vom 19. d. M. berichtet die „Zfr. Ztg.“: Die Finanzkommission des Reichstages beriet heute die Anzeigensteuer (Inseraten- und Plakatsteuer). Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite wurde die Vorlage aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bekämpft. Auch von national-liberaler Seite wurde gebeten, schnell zu einer Entscheidung zu kommen. Vom Zentrum wurde die Vorlage ebenfalls bekämpft und hinzugefügt, daß man über eine Plakatsteuer geteilter Meinung sei. Die wirtschaftliche Vereinigung erklärt, daß sie die Vorlage ablehne. Nur Reichspartei und Konföderative erklärten ihre Sympathie für die Inseratensteuer. Der Redner der letzteren empfahl auch eine Quittungssteuer, wogegen von freisinniger und national-liberaler Seite Widerspruch erhoben wurde. Gegen die sechs Stimmen der beiden konservativen Parteien wurde die Inseratensteuer abgelehnt.

Eine andere Tabaksteuervorlage. Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge wird im Reichstagsrat auf Grund der Beschlüsse der Subkommission des Reichstages eine neue Tabaksteuervorlage ausgearbeitet, die außer einer Erhöhung des Zolles für Tabakfabrikate und außer einer Erhöhung der Inlandsteuer ein Zollzuschlag von 80 Proz. des Wertes für verarbeitete und unver-

terten, aber innerlich Schlechteren. Der Dichter stützt auf solche Anklage in seinem sinnigen Werke den Hauptakzent und läßt die Vertreter der guten Seite hervortreten, ohne in der Zeichnung die realistische Wahrheit zu vergessen, daß gerade neben dem Licht der Schatten zu finden seien; aber gerade diese Gegenjäre sind auch die Träger der Handlung und verleihen ihr ein anhaltendes Interesse.

Die Aufführung war eine in ihrem Verlaufe nicht ganz einwandfreie, in deren Zentrum stand der Gast, Herr Girardi als „Valentin“, der vor allem neben einer unverfälschten Komik den grandiosen Tadel mit einer so tiefen Innerlichkeit und Treue des Totalbildes wiedergab, daß man die Fehler und Schwächen dieser Figur vergaß und sie eine große sympathische Wirkung auf die Hörer ausübte. Seine Darstellung zeichnete sich durch schlichte Wahrheit, sein Gesang durch warm pulsierendes Gefühl aus. Herr Girardi genießt schon seit langen Jahren den Ruf eines der Ersten unter den Ersten, und wir haben seinem Künstlerum nicht neues hinzuzufügen. Nachdem wir dies hier niedergelegt, können wir sans gene offen sagen, daß der Valentin des Herrn Herz dem des Herrn Girardi nicht nur ebenbürtig zur Seite steht, so sogar in gewisser Beziehung noch etwas vorans hat. Das soll aber keine Schmälerung des Lobes des Herrn Girardi bedeuten, und wir freuen uns, ihn in „Mein Leopold“ zu hören, wo er in der Rolle des alten Weigelt ganz ausgezeichnet sein soll.

Der betreffende Herr hat nun niemals Beziehungen, aber innerlich Schlechteren. Der Dichter stützt auf solche Anklage in seinem sinnigen Werke den Hauptakzent und läßt die Vertreter der guten Seite hervortreten, ohne in der Zeichnung die realistische Wahrheit zu vergessen, daß gerade neben dem Licht der Schatten zu finden seien; aber gerade diese Gegenjäre sind auch die Träger der Handlung und verleihen ihr ein anhaltendes Interesse.

Die Aufführung war eine in ihrem Verlaufe nicht ganz einwandfreie, in deren Zentrum stand der Gast, Herr Girardi als „Valentin“, der vor allem neben einer unverfälschten Komik den grandiosen Tadel mit einer so tiefen Innerlichkeit und Treue des Totalbildes wiedergab, daß man die Fehler und Schwächen dieser Figur vergaß und sie eine große sympathische Wirkung auf die Hörer ausübte. Seine Darstellung zeichnete sich durch schlichte Wahrheit, sein Gesang durch warm pulsierendes Gefühl aus. Herr Girardi genießt schon seit langen Jahren den Ruf eines der Ersten unter den Ersten, und wir haben seinem Künstlerum nicht neues hinzuzufügen. Nachdem wir dies hier niedergelegt, können wir sans gene offen sagen, daß der Valentin des Herrn Herz dem des Herrn Girardi nicht nur ebenbürtig zur Seite steht, so sogar in gewisser Beziehung noch etwas vorans hat. Das soll aber keine Schmälerung des Lobes des Herrn Girardi bedeuten, und wir freuen uns, ihn in „Mein Leopold“ zu hören, wo er in der Rolle des alten Weigelt ganz ausgezeichnet sein soll.

Herr Baumbach fand sich mit der keineswegs leichten Rolle des „Flottwell“ befriedigend ab, dieses „wahre Kind einer Raune“ zur Bedeutung zu heben, fällt jedem Schauspieler schwer. Herr Baumbach gab den schürftigen Kammerdiener wieder mit bekannter scharfer Charakteristik. Die Rollen der Cherristane (Fr. Delcamp), des Präsidenten (Herr Kempf) u. kamen gut zur Geltung. Herr Mark sprach den Kur sehr warm und klar, gefänglich aber stand er zurück, das wäre eine Rolle, die Herr Schüller lernen mußte. Frau Wärmersperger-Naha spielte die „Noia“ mit Lebendigkeit und anziehender Frische, gefänglich ist die Partie zu unbedeutend, um über die stimmliche Valuta einer Sängerin ein erschöpfendes Urteil zu fällen. Ein episdisches Genrebildchen, charmant und fein porträtiert, bot Herr Böder mit seinem „Chevalier Dumont“. Die Ensembles gingen ziemlich glatt, auch das Ballet machte sich verdient um die Portiellung, welche den lebhaftesten Beifall des nahezu ausverkauften Hauses fand. Der Groß. Hof wohnte ihr ebenfalls bis zum Ende an.

Konjert Museumsaal. Es sei hier nochmals auf das Konjert der Herren Walter Schwarz (Karlsruhe), Knud Harber (Stuttgart) und Arne van Erpecum, königl. württembergischer Hofopernsänger, Stuttgart, welches Samstagabend 8 Uhr im Museumsaal stattfindet und Interesse finden wird, hingewiesen.

von Stecken.

von Stecken.

von Stecken.

von Stecken.

von Stecken.

von Stecken.

von Stecken.

arbeitete ausländische Tabakblätter vorzuziehen. Der Zollzuschlag soll erhöht werden beim Übergang der ausländischen Tabakblätter an den Verarbeiter. Bis dahin sollen sie unter der Zollaufsicht des Reiches bleiben. Das weitere wird einer in Bremen zu errichtenden zollamtlichen Prüfungsstelle überlassen, die mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet wird. Darnach hätte man die Vandalensteuer auf Zigarren nun doch endlich fallen lassen? Wie würden es ihr von Herzen wünschen.

Die Haltung des Zentrums bei der Weinsteuerreform. Die Finanzkommission des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung der Weinsteuervorlage fort und zwar bei § 1. Von den Abg. Schulz und Graf v. Kanitz ist ein Antrag eingegangen, der eine andere Form der Weinsteuer wünscht. Darnach sollen der Besteuerung unterliegen, „der zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmte Wein und Traubenmost“, und zwar soll die Weinsteuer betragen pro Hektoliter im Werte von mehr als 40 Mk. 7½ Pfennig für das Liter. Abgeordneter Herald (Zentr.) knüpfte an die Bemerkung eines Konserwativen an über die Äußerung seitens des Zentrums, sich eine große Reizure aufzuerlegen. Wenn das Zentrum sich eine Reizure auferlege, so ergebe sich das aus der Stellungnahme, welche die Reichstagspartei beliebt hätte. Das Zentrum habe von Anfang an zugearbeitet und in seiner Weise Rücksicht auf die jetzige Konstellation der Parteien genommen. Bloßkräftigkeiten kennen wir nicht. Als sich feinerzeit zeigte, daß der erste Antrag Camp bezüglich der Weinsteuer unannehmbar war, und keine Majorität fand, habe das Zentrum geglaubt, einen Antrag vorlegen zu müssen, der annehmbar erschien. Schon in der Subkommission habe er — Weber — einen Antrag gestellt als Unterantrag zum Antrag Camp. Der spätere Antrag fand denselben Gedanken bewirkt, der in dem Unterantrag in der Subkommission enthalten war. Nach der Erklärung der Parteien war für den gleichzeitig gestellten Antrag Herald in der Hauptkommission eine Majorität vorhanden. Die Konserwativen, die Reichspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung erklärten sich für den Antrag, jedoch mit Zentrum und Polen eine Majorität von 18 gegen 10 Stimmen vorlag. Es stand auch fest, daß der Antrag für die Regierung annehmbarer war, als der später wirklich angenommene Antrag Camp. Das entscheidende Motiv, weshalb der Antrag Herald nicht zur Annahme gelangte, trotz der Mehrheit von 18:10, während schließlich der Antrag Camp nur die Zufallsmehrheit von 15:13 Stimmen fand, lag darin, daß der Antrag vom Zentrum kam. Wäre an jenem Tage noch abgestimmt worden, was wegen der vorgehenden Stunde nicht tunlich war, dann wäre der Antrag Herald zweifellos angenommen worden. Dann aber habe jedenfalls der Chef der Reichstagspartei, der mit nicht genug anguerntem Eifer die finanziellen Kräfte des Bundesrates mit seinem Räte unterstützte, dem Herrn Reichskanzler Bericht erstattet und dieser habe eingegriffen. Geheißam, wie der Bloß nun einmal ist, habe sich dann die Mehrheit auf den viel weniger annehmbaren neuen Antrag Camp geeinigt. Diesen Verlauf der Dinge habe dann das „Leipziger Tageblatt“ bestätigt. Der Reichstagspräsident habe nach Mitteilung dieses Blattes die Bloßparteien zu bearbeiten gesucht, für den Antrag Herald zu stimmen. Der Abg. Dr. Weber aber habe es als unerhört bezeichnet, daß der Bloß einen Zentrumsantrag annehmen solle. Das sei auch nicht widerufen worden und es habe sich in den tatsächlichen Erfolgen. Der Antrag Herald wurde nur abgelehnt, weil er vom Zentrum kam. Einen ähnlichen Vorgang habe man später erlebt. Der Antrag Camp zur Biersteuer bedeute zweifellos eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der Regierungsvorlage und sei unbedingt schlechter als der Antrag Müller-Gulda. Trotzdem sei der letztere abgelehnt worden, es liege die Vermutung nahe, daß auch dieser Antrag nur abgelehnt wurde, weil er vom Zentrum kam. Wenn wir bei solchen Verhältnissen uns jetzt eine gewisse Reizure auferlegen, so tun wir das nicht aus Verstimmung, sondern im Interesse des Zustandekommens der Finanzreform. Wir gehen den geraden, offenen Weg. Wollten wir diplomatische Mittel anwenden, so könnten wir vielleicht dazu kommen, das Gegenteil von dem zu beantragen, was wir wünschen, um beim Bloß unsere Ansichten durchzusetzen. Wir halten fest an unserer bisherigen Stellungnahme und wollen befreit sein, etwas zustande zu bringen; nicht so, daß wir allen Projekten zustimmen, auch wenn unsere Überzeugung zur Abstimmung nötig. Wir haben den dringenden Wunsch, daß im Falle der Ablehnung eines Projektes dasselbe Ersatz gefunden und geschaffen werde. Davon werden wir nicht ablassen. Wir haben unser Mandat nicht vom Reichskanzler, auch nicht von den Parteien, sondern von unseren Wählern. Deshalb werden wir mitarbeiten, obschon die Mitarbeit erschwert wird und nach Kräften für das Zustandekommen der Finanzreform wirken. Keine Revolutionspolitik, keine Opposition wird uns davon abbringen. Weber lehnt dann den Antrag Schulz-Graf Kanitz ab mit Rücksicht auf den Wingerstand und mit Rücksicht auf die Einzelstaaten. Staatssekretär Sydow erwidert, die Darstellung, die der Zentrumsredner für wahrscheinlich halte, als habe damals Herr v. Böckel die Parteien zusammenberufen, treffe nicht zu. Der Artikel des „Leipz. Tageblatt“ gebe eine unrichtige Darstellung. Es habe sich etwas anders ausgesprochen. Die Vorlage wird schließlich mit 12 gegen 10 Stimmen einer Subkommission überwiesen.

Wahnen und die Finanzreform. Die „Augsburger Postzeitung“ bringt zurzeit eine Artikelserie über diese Frage; in ihrer letzten Nummer führt sie aus, daß eben der Kompromißantrag der Finanzkommission für Baden unannehmbar sei, wie auch der Antrag Camp Herald. Nach Ablehnung der Nachlasssteuer in der Form, welche ihr die Regierung gegeben habe, bleibe als Ausweg eine Sicherung der tatsächlichen Vorteile der Nachlasssteuer im richtigen Ausbaue einer Erbschaftsteuer. Die Nachlasssteuer in eine Erbschaftsteuer umzuwandeln sollte das Zentrum erstreben.

Es ist ungewiss, ob das Zentrum in Süddeutschland sehr viel Freunde speziell auch im Zentrum hat. Im „Bad. Beob.“ vom 8. März Nr. 54 2. Blatt war in ähnlichem Sinne bezüglich des inzwischen angenommenen Antrags Camp Arendt ausgeführt:

Wenn sich wie früher zu erwarten, der Bundesrat auf diesen Antrag nicht einläßt, wird er in der zweiten Lesung einfach wieder außer Kurs gesetzt werden. Es ist anzunehmen, daß der Schatzsekretär inwieweit im Einverständnis mit dem Bundesrat neue Vorschläge bezüglich der Besteuerung des Vermögens machen wird. Daß darunter auch eine Erbschaftsteuer auf Deszendenten und Ehegatten anstelle der abgelehnten Nachlasssteuer befinden wird, bleibt fraglich. Der Entwurf, daß diese Steuer im Falle rascher Wegföhrbens der einander folgenden Geschlechter zu einer ungerichteten Häufung der Besteuerung führen würde, ließe sich noch viel gründlicher, als nach dem Entwurf über die Nachlasssteuer, etwa durch eine Bestimmung dahin ausräumen, wenn ein liegendes Gut vor 30 Jahren wieder an Deszendenten oder Ehegatten in Erbschaft kommt, die Steuer um soviel Dreißigstel ermäßigt wird, als weniger denn 30 Jahren seit dem letzten Erbgang verfloßen sind. Eine so eingetaktete Steuer auf Deszendenten und Ehegatten, mit hohen Anfällen und kleinen Prozentföhlen beginnt, und progressiv fortschreitend, wäre dem Antrag von Camp Arendt und allem, was ihm ähnlich sieht, entschieden vorzuziehen.

Man sieht zugleich daraus, wie die Meinungen noch hin und her schwanken und wie es deshalb einfach, wie schon gesagt, „Vorschlagsverleumdungen“ sind, was vielfach gegen das Zentrum vorgebracht wird. An was das Zentrum stets festgehalten hat, das ist, daß ein beträchtlicher Teil des neuen Bedarfs (etwa 150 Millionen) durch direkte Besteuerung des Vermögens aufgebracht werden muß.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die eine gefaltene Größe ist das ehemals die ganze Oesterreichische Politik beherrschende Weltblatt „Die Neue Freie Presse“ geworden. Es hat seit einigen Jahren nur noch geringen Einfluß auf die westlich-judenliberalen Kreise, jene Kreise, die noch immer des Kulturkampfes gegen den „Rechtalismus“ nicht satt sind. Man tut gut daran, sein Urteil über den politischen Kurs Oesterreichs aus anderen Quellen als der „Neuen Freien Presse“ zu schöpfen. In der letzten Zeit hat sie sich föwiele Blamagen zugezogen, daß der Spott darüber allgemein ist. Es gibt nun auch in Oesterreich eine wohlunterrichtete christliche Presse. Selbst auf finanziellem Gebiet, der besonderen Stärke des Geldweilblattes, zieht der Zauber nicht mehr. Mitzlich warnte sie vor den neuen Oesterreichischen Schachspielen. Der Erfolg? Die Schachspielmission wurde zweifelsfrei überzogen! Auf politischem Gebiet hat sie ähnliche Erfolge zu verzeichnen. Deshalb wird man sich auch im Ausland vom Einfluß in der Bedeutung der „Neuen Freien Presse“ sagen müssen: Es war einmal.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus gab am 18. März eine Interpellation des Abg. Nikolaus Szemere Anlaß zu lebhaften Diskussionen für den deutschen Kaiser. Szemere richtete an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er geneigt sei, seinen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik dahin geltend zu machen, daß diese nicht in der Position verharre, sondern aktive Politik mache. Der Neoner führte aus: „Wir brauchen vor dem europäischen Kontext nicht zu erschrecken. Italien wird den Dreieck nicht sprengen. Deutschland steht uns zur Seite, und Kaiser Wilhelm hält neben uns aus in germanischer Treue.“ Bei diesen Worten brachen die Abgeordneten ohne Unterchied der Partei in stürmische Oenanrufe auf Kaiser Wilhelm aus. Die Interpellation wurde vom Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung noch nicht beantwortet.

Balkanstaaten.

Demission des rumänischen Kabinetts. Die Regierung hat ihre Demission gegeben, jedoch wurde Bratiana wieder mit der Bildung des Kabinetts betraut. Sämtliche Minister außer dem Kriegsminister Averescu dürften wieder ernannt werden.

England.

Die englische Flottenrüstung. Zur englischen Unterhaus erklärte heute im Verlaufe der Debatte der Konservative Lee, die Flotte, welcher die Nation gegenüberstehe, habe das ganze Haus zu einer einzigen Partei britischer Bürger vereint, die entschlossen seien, angesichts der gemeinsamen Gefahr zusammen zu arbeiten. Die Umstände erforderten es, daß alle acht Dreadnoughts auf einmal bestellt und so schnell als möglich fertiggestellt werden. Er sei kein Grund zu einer Panik, wohl aber zu einem prompten, schleunigen Vorgehen vorhanden. Deutschland habe in den letzten zwölf Monaten neun Dreadnoughts auf Stapel gelegt. Warum sollte es dasselbe dieses Jahr nicht wieder tun? Deutschlands Verdrängung, Schiffe zu bauen, siehe außer Frage. Bezüglich der Erklärung Deutschlands sage er aber, mit aller Achtung vor derselben, daß sie in praktischer Hinsicht nicht das Papier wert sei, worauf sie gedruckt wurde, wenn sie wirklich überhaupt dem Papier anvertraut worden sei. Premierminister Asquith unterbrach hier den Neoner mit der Frage, ob Lee einen Unterschied mache zwischen mündlichen und schriftlichen Erklärungen einer fremden Macht. Lee erwiderte, er wünsche nicht in eine Erörterung gezogen zu werden, die den Anschein erwecken könnte, als ob er Betrachtungen über den guten Glauben Deutschlands anstelle.

Asien.

Die Kämpfe in Persien. Aus Tabris wird vom 19. ds. gemeldet: Die Belagerung der Stadt dauert fort. In der vergangenen Nacht hörte man in der Stadt unausgesetzt Schießen. Die Truppen des Schahs legten die benachbarten Dörfer in Brand, die von den Einwohnern verlassen waren. Die Proteste sind immer bedenklicher. Hungrige Personen belagern sumdenlang die Wärdereien.

Der österreichisch-serbische Konflikt.

Krieg oder Frieden?

Wird es gelingen, den Frieden zu erhalten? Diese lange Frage geht ihrer Lösung entgegen. Noch ist diese — Hoffnung würde zu viel sagen — nicht ganz geschwunden: aber wenn man alle Nachrichten, die darüber vorliegen, reifmüßig, so ist sie sehr schwach. Denn Serbien macht nicht die leiseste Miene, einzulassen. Die Dinge liegen wirklich so, wie der „Budapesti Hirak“ sie kennzeichnet: „Die Hoffnung, daß Serbien nach dem geplanten letzten Schritte Baron Beckenbalk einlenkt, ist sehr gering, da Serbien keinesfalls so vorgehen würde, wenn es nicht an

Hintermänner glauben würde. Wir haben Grund zur Annahme, daß es sich bitter käufchen wird. Größeren Gefahren können wir aber nur durch rasches Auftreten vorbeugen. Wir müssen sofort mit großer Hebermacht auf dem Kampfplatze sein. Wir müssen aber mit dem Bewußtsein die erste Kanone loschießen, daß wir nicht wissen, gegen wen wir die zweite und gegen wen wir die letzte abfeuern müssen.“

Wie eine Pariser Nachricht wissen will, wird die Entscheidung über Krieg oder Frieden erst im Laufe der Mitte der nächsten Woche erwartet. Die neuerliche österreichisch-ungarische Note, welche, um abermalige Zweideutigkeiten einer serbischen Antwort zu vermeiden, sich hauptsächlich auf die militärischen Forderungen Serbiens bezieht und deren Zurücknahme verlangt wird, wird derzeit noch im Wiener Ministerium des Aeußeren abgefaßt. Wie es heißt, soll die Note heute Samstag, 20. März, nach anderer Besart aber erst nächste Woche überreicht werden. Die serbische Regierung dürfte mehrere Tage zur Beantwortung brauchen, so daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden erst Mitte oder Ende der nächsten Woche zu erwarten ist.

Die Lage ist fortgesetzt sehr ernst!

Kaiser Franz Josef hat bei einem diplomatischen Diner sein Urteil über den Stand der Dinge in folgende Worte zusammengefaßt: Die Lage ist ernst, ich bin besorgt.

In Wiener Regierungskreisen wird die Situation als wenig verändert bezeichnet. Die Lage werde sich nur dann bessern, wenn die serbische Regierung eine rasche und totale Schwöfung vollziehe, aber diese nicht bloß auf dem Umwege über Paris in Aussicht stelle, wo noch immer Vorbehalte bemerkbar seien. In Wien sind alle militärischen Vorbereitungen beendet und es hängt nun von Serbien allein ab, noch in letzter Stunde die Kriegsgefahr abzumenden.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Kronprinz vorgestern dem Ausschuss für die nationale Verteidigung mitgeteilt habe, es sei gelungen, den König von seiner friedlichen Haltung abzubringen und zwar hauptsächlich, weil der russische Gesandte Sergejew erklärte, Serbien möge wegen eines Krieges nicht ängstlich sein. Kronprinz Georg ging dann auf den Lebnungsplatz der Freiwilligen, wo gerade ein Bataillon Universitätskader übte. Zu dem Kommandanten sagte der Kronprinz: Nicht Tage, sondern vielleicht noch Stunden trennen uns von dem Ausbruch des Krieges. In dem unter dem Vorhild des Königs abgehaltenen Ministerat wurde die Meinung ausgesprochen, ein Nachgeben der serbischen Regierung würde einen Volksaufstand zur Folge haben. Der Regierung gleiten die Füße aus dem Sand.

Der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Forgach, hat seine Familie am 17. in der Belgrad gegenüberliegenden ungarischen Grenzstadt Semlin untergebracht. Der Gesandte selbst verbringt nur die Amtsstunden noch in Belgrad. Der Ausbruch der Feindseligkeiten durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall ist höchlich zu erwarten.

Intervention der Mächte.

Die Mächte haben ein eminentes Interesse daran, aus der unruhigen Serbenfrage nicht einen europäischen Bürgerkrieg entstehen zu lassen. Frankreich hat noch ein besonderes Interesse daran, weil in einem solchen Kriege die 16½ Milliarden, die es Ausland gepumpt hat, auf dem Spiele stehen. Die Gefahr eines europäischen Krieges scheint jetzt endgültig beschworen zu sein. In diplomatischen Kreisen, die offenbar Kenntnis von russischen Versicherungen haben, daß Rußland nicht aktiv eingreifen werde, hält man an dieser Ansicht fest. Es tauchen immer mehr Anzeichen dafür auf, daß eine Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts möglich und wahrscheinlich ist. Es haben nicht mehrere Mächte gemeinsame Vorstellungen in Belgrad erhoben, sondern jede für sich eine ernste Sprache im Sinne des Friedens geführt.

Aus den Unterredungen, die der französische Minister des Aeußeren, Richot, mit mehreren Botschaftern, namentlich auch mit dem russischen, Kellidow, hatte, ging eine Note hervor, die von den Kabinetten von Petersburg, Paris und London an Serbien gerichtet wurde und wonach Serbien einwilligen soll, seine weiteren Einprüche gegen die austro-ungarischen Abmachungen betreffend Bosnien und Herzegowina zu erheben, wofür Oesterreich zustimmen werde, bei der Donau-Adria-Bahn und der Donau-Schiffahrt die serbischen Interessen nach Kräften zu berücksichtigen. Deutschland soll mit diesem Schritt der drei Mächte einverstanden sein, von dem in Paris eine Beilegung der Schwierigkeiten mit ziemlicher Sicherheit erwartet wird. Die Stimmung in Paris ist infolge dessen wieder optimistischer.

Der „Matin“ berichtet über den Stand der Balkanfrage, daß die Lage zurzeit folgende ist: England hat Rußland und Frankreich einen Antwortplan unterbreitet, welcher nach seiner Ansicht von den drei Mächten Serbien empfohlen werden soll und dann von Serbien an Oesterreich gerichtet wird. Wir glauben, so sagt das Blatt, bereits mitteilen zu können, daß die Regierungen von London und Paris bereits über den Wortlaut des Vorschlages einig sind unter der Bedingung, daß die russische Regierung denselben billigt. Gestern abend spät war die Zusage Rußlands noch nicht eingetroffen. Es wird jedoch angenommen, daß er den Wortlaut billigen wird. In diesem Falle wird der Vorschlag sofort Mikowanowitsch unterbreitet werden, der ihm, wie man glaubt, annehmen wird. Die Antwort soll Oesterreich Genehmigung geben sowohl hinsichtlich der bosnischen Frage wie auch der serbischen Wüstung.

Die italienische Regierung beauftragte ihren Gesandten in Belgrad, die serbische Regierung auf das ernste zu mahnen, einer friedlichen Lösung der Balkanfragen keinerlei weitere Schwierigkeiten mehr zu bereiten, da sie in der Verfolgung ihrer besonderen Absichten auf keinerlei Unterstützung seitens irgend einer anderen Macht rechnen könne.

Der Pariser „Temps“ schloß vor, um eine Intervention zu ermöglichen, sollte Oesterreich die Intervention seiner letzten Antwortnote noch etwas verschieben. Wenn die jetzt vorliegenden Meldungen aus Serbien nicht trügen, so wäre jetzt schon eine nichternere Auf-

lösung in Serbien vorhanden. Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ glaubt diese Feststellung hinsichtlich der serbischen Presse machen zu können. Der Belgrader Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ telegraphiert, daß ihm der serbische Minister des Aeußeren versichert habe, daß er glaube, daß die auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen der Mächte erfolgreich sein werden.

Die „Agence Havas“ erfährt aus Belgrad, nach unläufigen Gerüchten sei die jetzige Regierung bereit, sich hinsichtlich der Antwort, die sie nach dem neuen Schritt des Grafen Forgach an Oesterreich-Ungarn richten werde, den Ermahnungen der Mächte zu fügen. Schließlich sei sie auch bereit, abzurufen, falls die Mächte dazu raten sollten.

Trotz alledem halten wir die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Krieges nicht für ausgeschlossen.

Rumänien auf Seiten Oesterreichs.

In Budapest poltischen Kreisen wird berichtet, daß Rumänien bei einem etwaigen Kriege zwischen Oesterreich und Serbien auch aktiv vollständig auf Seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie ist.

Montenegro macht mobil.

Ueber Sofia wird gemeldet: Vertrauenswürdigem Nachrichten aus Cetinje zufolge, soll eine montenegrinische Brigade mobil gemacht und gegen das österreichische Spißa dirigiert worden sein.

Baden.

Karlstraße, 20. März 1900.

r. Eine unerhörte Denunziation eines Beamten

erlaubte sich das Konstanzer Demokratienblatt am 13. März 1900 gegen den Herrn Bahnerwalter Gauser in Zimmendingen. In ganz ordinärer Weise benutzte das Blatt den Herrn bei der Generaldirektion mit der falschen Anschuldigung, daß er in der Zeit, wo er Dienst tun sollte jeiner Hauptbeschäftigung, nämlich verbeidender Zentrumsagitator, nachgebe. Das Blatt fragt die Generaldirektion direkt an, ob sie ihm dazu angefertigt habe und bejahe!! Kann man verneinend demarkieren? Wie wir hören, wird Herr Bahnerwalter Gauser das Blatt wegen Beleidigung verklagen. Diese „demokratischen“ (1) Angriffe machen sich umso schöner, wenn man bedenkt, wie diese Sorte Blätter in anderen Fällen wegen Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte grauig jammerl, wenn im Interesse der Staatsautorität einmal da aber dort eingeschritten wird, oder wo es die jüdischdemokratische Presse gar nichts angeht. Wie treibt diese Presse nur im Fall Zimmendingen? Man sieht daran wieder, wessen man sich auf Zentrumsseite zu verbeten hätte, wenn diese französische Wodgesellschaft in Deutschland aus der Erde käme.

Neue Leugnungsversuche im „Volksfreund“ und ihre Entlarbung.

Es ist eine zum xtenmale bewiesene Tatsache, daß die Sozialdemokratie alles was ihr unangenehm ist, wegzulugnen und den Gegner, der den sozialdemokratischen Wolf entlarzt, als Falscher und Betrüger hinstellen sucht. Eine große Fertigkeit auf diesem Gebiet besitzt unstreitig der Konstanzer „Volksfreund“. Einzelne „Genossen“, die dann und wann einmal daran ergriffen werden, wenn sie in der Öffentlichkeit das wahre Wesen der Sozialdemokratie zu erkennen geben, sucht der „Volksfreund“ einfach abzuschütteln. Werden aber die obersten Führer zitiert und wird an Hand von Aussprüchen und Schriften gezeigt, was und wie sie über dieses und jenes geurteilt haben, so ist es nicht selten, daß der „Volksfreund“ solche Zitate einfach als unrichtig oder gefälscht weglugnet, ja sogar noch weiter geht und diejenigen der Lüge und Fälschung beschuldigt, welche die Zitate gegen die Sozialdemokratie verwenden. Wir erinnern nur daran, daß der „Volksfreund“ vor einiger Zeit einfach entschieden in Abrede stellte, daß Kantley geschrieben habe, dem Gegner gegenüber habe man in der Sozialdemokratie die Pflicht der Wahrhaftigkeit nie anerkannt. Als wir ihm das Gegenteil klipp und klar nachwiesen, sah wie er.

Nun liegt ein ebenso schändlicher Fall neuerdings in Nr. 65 vom 18. März vor. Unter dem Titel „Zentrumsdemagogie“ drückt der „Volksfreund“ einen Artikel der „Freie. Tagesp.“ ab, in welchem ein Kandidat die sozialdemokratische „Bauernfreundlichkeit“ beklagt. Der Mann kommt dabei auch auf die Ausführungen Bebel's auf dem Wünnener Parteitag zu sprechen, wo Bebel gesagt habe: „Daß es keinen barbarischeren, egoistischeren und brutaleren Menschenja gibt, als den der Bauern.“ Daß die Feststellung dieser Tatsache jetzt wieder, wo die Sozialdemokraten auf den Gang der Bauernstimmen ausgehen, dem „Volksfreund“ unangenehm ist, wenn er in der obesten Schimpferei über das Zentrum und den Verichterlatter der „Freie. Tagespost“ herfällt. Der „Volksfreund“ schreibt:

„Mit dem schon hundertmal als Fälschung nachgewiesenen Zitat aus der Rede Bebel's auf dem Wünnener Parteitag geht die Zentrumschreibung immer noch weiter. . . . Daß der Verichterlatter ein wahrer Schmeichele der Sozialdemokratie ist, beweisen seine Zitatentstellungen.“

Gemacht, Herr „Volksfreund“. Sie werden uns gestatten, Ihnen wieder einmal nachzuweisen, wie er falsch und wie die Unwahrheit schreibt. In dem von der Sozialdemokratie offiziell herausgegebenen Protokoll über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in München, abgehalten im Jahre 1900 vom 14. bis 20. September, ist auf Seite 225 aus dem Referat Bebel's zu lesen:

„Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anlässlich der Beratung des Zolltarifs-Entwurfs aus landwirtschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Tatsache erlebt, daß in Bezug auf agrarische Forderungen die deutschen Bauernvereine aus Meinen und in Süddeutschland die Wohlthätigkeiten des Bundes der Landwirte noch überlegen. . . . Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die deutschen Bauernvereine aus Meinen und in Süddeutschland sogar vielfach noch über die Forderungen des Bundes der Landwirte hinausgehen. Es bewährte sich wieder einmal, daß es keine egoistischeren, rücksichtsloseren, brutaleren, aber auch

